

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 771

Mittwoch, 18. Januar 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ansteckender Autoritarismus.....	1
Zehn USAC-Ratsmitglieder fordern einem Dialog über die gefälschte Rektoratswahl.....	3
VAMOS und UNE benennen Präsidentschaftskandidat*innen.....	3
Ermittlungen gegen die Staatsanwältin, die gegen Sandoval und Santizo ermittelte.....	5
Eine Fahrt auf dem Fluss La Pasión in Sayaxché.....	5
Der Maya-Kalender wird seit 2.300 Jahren verwendet, sagt die Universität von Texas.....	6

Ansteckender Autoritarismus

San José, Costa Rica, 19. Dezember - *Claudia Paz y Paz hat in Guatemala hohe Militärs wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht gebracht. Wie sieht sie die Zukunft der Demokratie in der Region? Das Interview führten Jana Flörchinger und Moritz Krawinkel von Medico International.*

Dein Werdegang ist eng mit den Kämpfen um Demokratisierung in Zentralamerika verknüpft. Wie genau?

Claudia Paz y Paz: Ich war Generalstaatsanwältin in Guatemala und habe in dieser Funktion Drogenhändler*innen und hochrangige Militärs wegen ihrer Verantwortung in schweren Fällen von Menschenrechtsverletzungen vor Gericht gebracht. Deshalb wurde ich vor Ablauf meiner Amtszeit aus dem Amt gedrängt und musste 2014 mit meiner Familie das Land verlassen. Als Teil der Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Expert*innen, die von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission eingesetzt wurde, habe ich das Verschwinden der 43 Lehramtsstudierenden von Ayotzinapa in Mexiko untersucht und 2018 in Nicaragua die gewaltsame Niederschlagung der Oppositionsbewegung. Nach einer Zwischenstation in Washington hatte ich 2019 das Privileg, nach Zentralamerika zurückkehren und hier weiterarbeiten zu können. Meine derzeitige Mitarbeit am Zentrum für Justiz und internationales Recht (CEJIL) in Costa Rica gibt mir eine regionale Perspektive auf die Probleme Zentralamerikas. Wir vertreten Fälle von Menschenrechtsverletzungen vor dem Interamerikanischen Gerichtshof, unterstützen indigene Gruppen, Menschenrechtsverteidiger*innen und andere bedrohte Gruppen bei Schutzmassnahmen und versuchen, durch Lobbyarbeit Einfluss auf die Regierungen in der Region zu nehmen.

Wie steht es um die Demokratie in Zentralamerika?

Der Verfall, den wir beobachten, ist offensichtlich und er ist gravierend. Am eindeutigsten und schlimmsten ist es sicher in Nicaragua, wo wir einen über Jahre andauernden Prozess der Aneignung von Macht und Kontrolle erleben: über den Obersten Gerichtshof, über das Parlament und den ganzen öffentlichen Sektor. Die Annullierung jeglicher Opposition kulminierte in den illegalen Verhaftungen und der Kriminalisierung von Politiker*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, Bauern und Studierenden. Diese autoritäre Entwicklung war geradezu ansteckend und hat sich auf die anderen Länder der Region übertragen, vor allem auf Guatemala und El Salvador. In Guatemala wurden zwar noch keine Nichtregierungsorganisationen verboten, aber Gesetze zur Kontrolle der NGOs geben der Regierung sehr viel Macht über sie. In El Salvador konnten die europäischen Länder ein ähnliches Gesetz noch verhindern.

Kannst du die Auswirkungen des Autoritarismus näher beschreiben?

Gravierend ist die Einflussnahme auf die Justiz. In Nicaragua wurden unabhängige Richter*innen aus dem Obersten Gerichtshof gedrängt und die Amtszeit der Ortega-nahen Richter*innen illegal verlängert. Das gleiche passierte in Guatemala, wo gleichzeitig unabhängige Richter*innen, Staatsanwält*innen, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen mit Prozessen überzogen werden. Die frühere Ermittlerin der inzwischen geschlossenen Internationalen

Kommission gegen die Straflosigkeit (CICIG), Virginia Laparra, sitzt seit Monaten im Gefängnis. Ebenso der bekannte Journalist José Rubén Zamora, dessen Zeitung *elPeriódico* ihr Erscheinen einstellen musste. Diese politische Verfolgung führt zu einem Exodus. Erst vor kurzem war ich in Washington bei einem Treffen von gut dreissig Richter*innen und Staatsanwält*innen, die Guatemala verlassen und in den USA Asyl beantragt haben. Und genauso geht es anderen verfolgten Gruppen. (...)

Was siehst du zurzeit als grösste Hürde für eine Demokratisierung in Zentralamerika?

Es ist nicht überall gleich, aber in Guatemala herrschen durch und durch korrupte Eliten, die den Staat kontrollieren, um die öffentlichen Kassen zu plündern. In El Salvador, wo die Korruption auch enorm ist, liegt die Sache aufgrund der grossen Unterstützung für Bukele aus der Bevölkerung etwas anders. Obwohl infolge der hohen Inhaftierungsrate im Land jede Familie jemanden aus ihrem Umfeld im Gefängnis haben müsste, glauben die Menschen an ihn.

Warum ist das so?

Weil das Problem der Gangs real ist. Sie kontrollieren ganze Stadtviertel, Bewohner*innen dürfen ohne Erlaubnis nicht ihr Viertel verlassen, andere nicht ohne Genehmigung hineinkommen, viele Menschen zahlen Schutzgeld. Das hat sie verzweifeln lassen und so unterstützen sie, dass zumindest irgendetwas passiert.

Erleben wir derzeit eine Welle des Autoritarismus oder die Rückkehr des *caudillismo*, also die Herrschaft charismatischer Führer*innen?

Ich würde das Phänomen als Autoritarismus beschreiben. In Guatemala ist jeder Präsident schrecklich, egal ob er Giamattei, Morales oder anders heisst. Die Kontrolle über den Staatsapparat bleibt in den gleichen Händen. Wer die Regierung anführt, ist nicht entscheidend, sondern das System dahinter.

Welche Merkmale zeichnen diesen Autoritarismus aus?

Ein verbindendes Element, das voneinander kopiert wurde, ist definitiv der Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz. Hinzu tritt die Einschränkung des Rechts auf Vereinigung – also Organisationsverbote und -behinderungen der Vereinigungsfreiheit. Am stärksten in Nicaragua, wo inzwischen über 3.000 Organisationen verboten wurden. Aber Guatemala und El Salvador haben ihre bereits erwähnten Gesetze zur Kontrolle der NGOs auch von Nicaragua abgeschrieben. In allen Ländern sehen wir eine Zensur und Kriminalisierung der freien Presse. In Nicaragua wurden Medienhäuser geschlossen, deren Leitung verhaftet oder ins Exil getrieben. Verfolgt werden aber auch freie Journalist*innen und die kommunale Berichterstattung über Extraktivismus. Das Haus des Journalisten Juan Bautista Xol, der über das Minenprojekt im guatemalteckischen El Estor berichtete, wurde von einem Großaufgebot der Polizei durchsucht. Erschreckend ist die Denunziation und Kriminalisierung von Mitarbeiter*innen des investigativen Nachrichtenjournal *El faro* in El Salvador.

Das sind verbindende Tendenzen in der ganzen Region. Und zumindest in Nicaragua und Guatemala gibt es zurecht überhaupt kein Vertrauen in die politischen Parteien und das Wahlsystem. Die Geschichte der Länder hat Parallelen: Guatemala, El Salvador und Nicaragua haben jeweils eine Geschichte der Kriege. Der Frieden, der diese Kriege beendete, war nicht vollständig. Die historisch gewachsenen Strukturen wurden nicht verändert. Am deutlichsten [sieht man das in Guatemala](#), ebenso in El Salvador.

Was für Optionen bleiben den demokratischen Akteur*innen und siehst du erfolgversprechende Ansätze für sie?

In Guatemala und El Salvador erleben wir einen Exodus von Führungspersönlichkeiten aus sozialen Bewegungen, von Richter*innen, Staatsanwält*innen, Journalist*innen. Die Besten und Mutigsten gehen. Für die, die bleiben, bleibt nur der Gehorsam gegenüber der Macht. Dazu kommt natürlich die Migration von unzähligen Menschen aus ökonomischen Gründen und wegen der anhaltenden Gewalt.

Gleichzeitig gibt es aktive Widerstandsbewegungen: In Guatemala und ebenso in Honduras scheint mir der Widerstand der indigenen Völker gegen die extraktiven Industrien und ihre Grossprojekte am wichtigsten. Hier sind die sozialen Strukturen am stärksten ausgeprägt. Für Nicaragua und El Salvador ist es schwieriger zu sagen, wo Brüche verlaufen können. Vieles, was in Nicaragua passiert, bleibt wegen der Repression unsichtbar. Ich will sagen, hoffentlich passiert etwas im Land. Von aussen ist die Einflussnahme schwer.

Zentralamerika hat eine lange Geschichte äusserer Interventionen gegen demokratische Entwicklungen. Kann äussere Einflussnahme heute eine positive Rolle spielen und eine Demokratisierung unterstützen?

Im Fall von Guatemala und El Salvador sieht man recht deutlich, dass es auf der internationalen Ebene vor allem um eine Begrenzung der Migration Richtung USA geht und es kein ernsthaftes Bemühen gibt, demokratische Bewegungen zu stärken, keine Förderung des Kampfes gegen die Korruption und die Straflosigkeit. Erst vor wenigen Wochen haben die USA Guatemala dutzende Militärfahrzeuge geschenkt, um die „Sicherheit der Grenzen“ gewährleisten zu können. Das gleiche in El Salvador: Es wird zwar Kritik an Bukeles autoritärem Kurs geäussert, aber das war es auch. Der internationale Druck auf die Regierenden in Zentralamerika zur Einhaltung rechtsstaatlicher Normen könnte stärker sein. Die Sanktionen gegen spezifische Gruppen in Nicaragua sind aus meiner Sicht ein Schritt in die richtige Richtung und bringen hoffentlich positive Ergebnisse.

<https://www.medico.de/blog/ansteckender-autoritarismus-18921>

Zehn USAC-Ratsmitglieder fordern einem Dialog über die gefälschte Rektoratswahl

Guatemala, 11. Januar - Die Behörden der Universität San Carlos (USAC) sind nicht in der Lage, die Krise zu lösen, die durch einen Wahlbetrug im Mai 2022 verursacht wurde. Angesichts dieser Situation beantragten zehn Mitglieder des Obersten Universitätsrats (CSU), des höchsten Gremiums der Universität, eine ausserordentliche Sitzung, um als einzigen Punkt den Antrag auf Dialog zu hören, der von einer Gruppe von Studierenden gestellt wurde, die die Einrichtungen besetzt halten und eine Wiederholung der Rektoratswahlen fordern.

Am Sitz des Büros des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) übergaben vier Ratsmitglieder, die die zehn Mitglieder der CSU vertreten, die diese Initiative unterstützen, eine Kopie der Schrift, in der sie darum bitten, dass der Ombudsmann, José Córdova, und das Menschenrechtsbüro des Erzbistums Guatemala (ODHAG) interessierte Dritte in diesem Prozess sind. Damit wird deutlich, dass es Mitglieder des Rates gibt, die am Dialog interessiert sind, und dass diese die anderen Ratsmitglieder ermutigen, einen Konsens zu erreichen.

Das von den 10 Ratsmitgliedern unterzeichnete Dokument wurde am 9. Januar an die offiziellen Postfächer der USAC geschickt, so Camilo García, Studierendenvertreter der Fakultät für Chemie und Pharmazie. Er erklärte, dass gemäss den Universitätsvorschriften eine Sitzung anberaumt werden muss, wenn ein Dekan oder drei Mitglieder der CSU eine Sitzung beantragen, um einen bestimmten Punkt zu diskutieren. In dem von den Ratsmitgliedern eingereichten Memorandum, von dem eine Kopie zur Verfügung gestellt wurde, wird die CSU gebeten, für Freitag, den 13. Januar, eine ausserordentliche Sitzung einzuberufen, entweder persönlich oder virtuell, um den vom Generalkoordinator der Studierenden (CGE) und organisierten Lehrkräfte am 21. Dezember 2022 eingereichten Antrag auf Dialog in einem einzigen Punkt zu hören.

Die vier Ratsmitglieder wurden von dem PDH, José Córdova, empfangen. Er bestätigte, dass er am 18. Dezember ein Schreiben von der CGE erhalten hatte, in dem sie um einen Dialog mit der CSU bat und die CSU und die ODHAG aufforderte, den Prozess zu begleiten.

Córdova erklärte, dass er die Lösung dieses Konflikts verfolgen und begleiten werde. Auf die Frage "Was verlangen Sie von den Mitgliedern des Rates, die nicht zum Dialog bereit sind?", vermied der Ombudsmann eine Antwort und beschränkte sich auf die Aussage: "Wir bitten um die Öffnung der Einrichtungen, um eine Verletzung der Hochschulbildung zu vermeiden", und bezog sich dabei auf die organisierte Studierendenschaft, die mehrere Universitätseinrichtungen besetzt hat.

Die 10 Ratsmitglieder sehen CSU als dialogunwillig

Die Aktion der zehn Ratsmitglieder, die das Memorandum unterzeichnet haben, um die CSU zum Dialog aufzufordern, ist der erste Schritt, den sie im Jahr 2023 unternommen haben, um die in der USAC entstandene Krise zu lösen. Diese ist auf den Betrug bei der Wahl Walter Mazariegos zum Rektor zurückzuführen, die der Rat im Mai 2022 bestätigte. Ratsmitglied Marco Vinicio De la Rosa, Lehrbeauftragter der Fakultät für Medizin, Veterinärmedizin und Tierzucht, wies darauf hin, dass der Rat, dem er angehört, keinen ernsthaften Versuch unternommen habe, einen Dialog einzuleiten. Das beunruhige ihn. "Als Mitglieder des CSU fordern wir, dass der Dialog zwischen den verschiedenen Parteien gefördert wird, dass sowohl die PDH als auch die ODHAG uns in diesem Prozess begleiten. Dieser Dialog ist für alle Bereiche des Lehrkörpers, der Studierenden und der Verwaltung so wichtig", sagte De La Rosa.

Luis Barillas, Vertreter der Lehrkräfte der zahnmedizinischen Fakultät, stellte klar, dass einige Mitglieder der CSU den Dialog mit den organisierten Studierenden und Professor*innen suchten, aber eine grosse Gruppe desselben Gremiums dies nicht akzeptiert. "Von 42 Ratsmitgliedern haben 11 von uns eine Überprüfung des Wahlverfahrens und einen Dialog mit den Studierenden gefordert, aber wir haben keine Antwort erhalten, weil es andere Ratsmitglieder gibt, die diese Art von Kommunikation nicht wünschen", so Barillas.

Am 9. Januar teilte der Generalkoordinator der CGE, die den Wahlbetrug an der USAC ablehnen, mit, dass sie die besetzten Universitätseinrichtungen immer noch nicht übergeben würden, weil die CSU nicht zum Dialog bereit sei und ihre Forderung vom 21. Dezember letzten Jahres nicht erfüllt wurde. Die CSU hatte die Rückkehr zum Präsenzunterricht angekündigt, nachdem zwei Jahre lang wegen der COVID-19-Pandemie nur virtuell unterrichtet wurde. Die Bewegung, die sich gegen den Betrug wehrt, wies jedoch darauf hin, dass es keine Bedingungen für die Rückkehr zum Präsenzunterricht gebe und dass die Ankündigung Walter Mazariegos und seinen gleichgesinnten Ratsmitgliedern falsch und böswillig sei. Dies liegt daran, dass es offensichtlich keine angemessenen Räumlichkeiten für die Durchführung akademischer Aktivitäten gibt, dass das Programm zur Analyse von COVID-19-Infektionen nicht überwacht wird und dass es keine Mindestvoraussetzungen für die Rückkehr gibt.. (Prensa Comunitaria)

VAMOS und UNE benennen Präsidentschaftskandidat*innen

Guatemala, 7. Januar - Am 7. Januar proklamierte die Partei VAMOS für ein anderes Guatemala in Salcajá, Quetzaltenango, die von Manuel Conde Orellana und dem Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität San Carlos de Guatemala (USAC), Luis Suárez, gebildete Präsidentschaftskandidaturen. Bei der Veranstaltung gab der Generalsekretär der VAMOS, Víctor Valenzuela, Miguel Martínez die "Ehre", das Duo zu vereidigen. Die Versammlung wurde von einem Musikkonzert und einem Hubschrauberüberflug mit dem Slogan "afiliate" (Mach mit) begleitet. Die

Kandidatur von Conde wird kritisch hinterfragt werden, da er offizielles Mitglied (und immer noch Abgeordneter) der Partei PAN ist.

Die Rede von Suárez und Conde

In seiner Rede sagte Suárez, er wolle Conde unterstützen, damit er nicht "allein" dastehe, wie es beim derzeitigen Präsidenten der Fall sei. Er sagte: "Ich verpflichte mich, Sie in meinen Aufgaben als Vizepräsident zu unterstützen, das Wirtschafts- und das Sozialkabinett zu führen, um Ihr Projekt und das Projekt aller Guatemalteq*innen zu unterstützen. Wir werden ein echtes Tandem haben", fügte er hinzu.

Conde lobte die Arbeit von Giammattei und versprach, sich für die Bereiche Gesundheit, Bildung und Infrastruktur einzusetzen. "Das ist meine Verpflichtung, weiter für die Infrastruktur zu arbeiten und unser Land weiter zu entwickeln", fügte er hinzu. Conde erklärte weiter, dass dank der von Giammattei geforderten nationalen Einheit die drei Regierungszweige geeint seien. "Ohne nationale Einheit kommt das Land nicht voran. Es gab eine Rettung der demokratischen Institutionen, und es lag an uns, sie den Ausländer*innen, die unser Land versenken wollten, aus den Händen zu nehmen", rief er. "Wir sind für die Familie und für das Leben, das ist unsere Sache. Wir respektieren das Leben von seiner Empfängnis an", sagte Conde in seiner Rede.

Anwesend waren unter anderem Shirley Rivera, Präsidentin des Kongresses, Mynor Mejía, gewählter erster Sekretär des Kongresses, Allan Rodríguez, Sofia Hernández, Carlos Roberto Calderón, Boris España von TODOS, Bürgermeister und der Pressesprecher von Präsident Giammattei, Kevin López, der Verkehrsminister, Josué Lemus, und andere.

Der dritte Anlauf der Sandra Torres

Erneut hat die Partei National Einheit der Hoffnung (UNE) Sandra Torres, die der illegalen Wahlfinanzierung beschuldigt und freigesprochen wurde, zu ihrer Präsidentschaftskandidatin erklärt. Sie benannte Romeo Estuardo Guerra Lemus, der der christlichen Kirche des Landes (SION) nahesteht, als ihren Vizepräsidenten.

Die UNE hielt am Sonntag, den 8. Januar, ihre Nationalversammlung ab, um ihre Kandidat*innen für die Präsidentschafts- und Vizepräsidentenwahlen 2023 zu verkünden, wobei Torres und Guerra Lemus vereidigt wurden, sowie ihre Kandidat*innen für den Kongress der Republik und das Zentralamerikanische Parlament (Parlacen). Die Veranstaltung fand in Explanada 5 (Antiguo Estadio del Ejército), Zone 5, statt.

Torres hat sich dreimal um die Präsidentschaft beworben: 2011 war ihr erster Versuch, bei dem sie nicht antreten konnte. 2015 wurde sie Zweite gegen Jimmy Morales. 2019 verlor sie erneut, diesmal gegen den jetzigen Präsidenten Alejandro Giammattei.

Sandra Torres' Kandidat Guerra Lemus

Laut Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken ist Guerra Lemus einer der religiösen Führer der christlichen Kirche SION. Ausserdem veröffentlichte die Website "Conectados con Dios" (Mit Gott verbunden) einen Artikel mit dem Titel "Apostel Romeo Guerra stirbt, ein Glaubenskrieger, der ein grosses Erbe hinterlässt", in dem beschrieben wird, dass einer der Söhne von Romeo Guerra der Vizepräsidenten kandidat der UNE ist.

"Am 14. Dezember 1974 heiratete er Elsa Judith Lemus Bojórquez, mit der er drei Kinder hat: Romeo Estuardo, Vivian Judith und José Alberto. 1977 zog er mit seiner Familie nach El Estor, Izabal, um dort als Direktor des Krankenhauses des Bergbauunternehmens EXMIBAL zu arbeiten", heisst es dort weiter.

In ihrer Rede beschrieb Torres ihren Kandidaten als "einen Mann des Glaubens, einen Mann mit Prinzipien und Werten, einen Mann der Arbeit und der Ergebnisse. Ich bin sehr froh, dass Estuardo Guerra mein Kandidat ist", sagte sie.

Während Guerra Lemus erklärte: "(...) Wir wissen viel über die Bedürfnisse der Menschen; ein Teil meines Lebens war ich ein Migrant, ich kenne die Bedürfnisse der Migrant*innen, und es ist auch Teil dessen, was wir tun wollen, damit die Migrant*innen berücksichtigt werden", fügte er hinzu.

Versprechen von Torres

In ihrer Rede bot Torres Sozialprogramme an. "Die Solidaritätstaschen und der Bonus werden zurückkehren", erklärte sie. Sie bekräftigte auch, dass sie die Armee zur Unterstützung der Nationalen Zivilpolizei (PNC) auf die Strasse schicken werde. "Meine Hand wird nicht zittern, um Kriminelle ins Gefängnis zu bringen, es wird keine Toleranz für Kriminelle und Erpresser*innen geben", sagte sie. Torres sagte auch, sie sei "wegen eines Verbrechens, das es nicht gibt, entgegen der Verfassung verfolgt und diffamiert worden". Sie betonte, dass die Ideologie der Partei "das Land Guatemala" sei, da sie (und ihre Partei) als Kommunist*innen gebrandmarkt worden seien, sagte sie.

Nach Unterstützung der Regierung im Kongress folgte ihre Registrierung als Präsidentschaftskandidatin

In den letzten Monaten des Jahres 2022 erklärten Quellen, die mit den Verhandlungen vertraut sind, dass die Regierungspartei VAMOS die Unterstützung der UNE für die Verabschiedung des Haushalts 2023, die Ernennung des Präsidentschafts des Kongresses unter dem Vorsitz von Shirley Rivera und die Wahl des Rechnungsprüfers Frank Bode suchte. Die Regierungspartei versprach daraufhin, Sandra Torres als Präsidentschaftskandidatin zu registrieren, fügten die befragten Quellen hinzu. (La Hora)

Ermittlungen gegen die Staatsanwältin, die gegen Sandoval und Santizo ermittelte

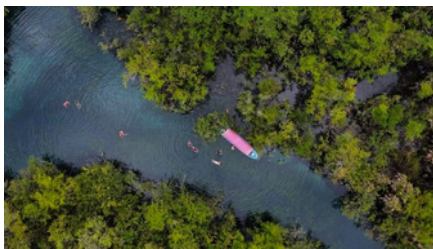
Guatemala, 12. Januar - Der Richter des Zehnten Strafgerichts, Jimi Bremer, beschloss, einen Strafantrag des ehemaligen Leiters der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECCI), Juan Francisco Sandoval, und der ehemaligen Leiterin der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), Leily Santizo, anzunehmen, um ein Ermittlungsverfahren gegen die Staatsanwältin der FECCI einzuleiten, die einen Haftbefehl gegen die beiden im Fall von Justizkooptation und Korruption beantragt hatte. (...) Die Klage wurde von Juan Francisco Sandoval Alfaro über seine Anwältinnen Claudia González Orellana und Leily Indira Santizo Rodas eingereicht und richtet sich gegen Leonor Eugenia Morales Lazo, Staatsanwältin der FECCI, wegen möglicher Begehung der Straftatbestände der ideologischen Lüge, der Weitergabe von Geheimnissen und der geheimen Absprache.

In der Entschliessung weist der Richter darauf hin, dass die Akte an die Staatsanwaltschaft (MP) weitergeleitet wird, damit eine Staatsanwaltschaft benannt werden kann und eine Untersuchung der angeblichen Unregelmässigkeiten bei der Bearbeitung des von der Staatsanwältin Leonor Eugenia Morales Lazo beantragten Haftbefehls in einem Eilverfahren eingeleitet werden kann. (Prensa Libre)

Eine Fahrt auf dem Fluss La Pasión in Sayaxché

Sayaxché, 1. Januar 2023 - *In Sayaxché ist die Zahl der Tourist*innen zurückgegangen, was zu einem Einkommensrückgang in der lokalen Wirtschaft geführt hat, von dem Hunderte von Familien abhängen. Leider haben die mangelnde Erhaltung und der fehlende Schutz der Stätten, die geringe oder fehlende Werbung für die touristischen Ziele in der Region sowie die fehlende Sicherheit für die Tourist*innen dazu geführt, dass sich nur wenige Gäste in der Gemeinde aufhalten. (Fotos: Elmar Ponce)*

Im Tiefland des Departements Petén, in der Gemeinde Sayaxché, liegt der Fluss La Pasión. Er entspringt in den nördlichen Bergen des Departements Alta Verapaz, wo er von mehreren Flüssen gespeist wird, darunter die Flüsse Candelaria und Raxrujá, die sich in den Gemeinden Chisec bzw. Raxruhá befinden. Das Gebiet des Flusses La Pasión ist von grosser kultureller und natürlicher Bedeutung, da es acht Gebiete umfasst, die im nationalen Verzeichnis der Schutzgebiete des Nationalen Rates für Schutzgebiete (CONAP) eingetragen sind, darunter mehrere Nationalparks und archäologische Stätten.

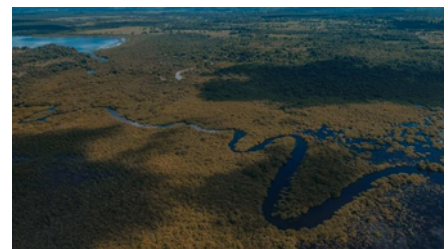


Die hier anzutreffenden Schutzgebiete sind vom Typ I, II und III, die nach den Vorschriften des nationalen Gesetzes über Schutzgebiete folgende Merkmale aufweisen:

Die Kategorien des Typs I beziehen sich auf Nationalparks und Bioreservate. Das heisst, es handelt sich um Gebiete von relativer Ausdehnung, auf die der Mensch nur minimale Auswirkungen hatte und die daher Ökosysteme und einzigartige Tier- und Pflanzenarten von grossem wissenschaftlichen und ökologischen Wert besitzen.

Biotope, Kultur- und Naturdenkmäler sowie historische Parks fallen in die Kategorie II. Diese Gebiete zeichnen sich durch herausragende Naturmerkmale, nicht quantifizierbare archäologische und historische Überreste aus.

Gebiete des Typs III wurden zwar vom Menschen verändert, haben aber noch einen grossen Teil ihrer natürlichen Landschaft bewahrt. In diesen Gebieten ist eine nachhaltige Produktion von Naturprodukten möglich, solange die Ökosysteme, die sie bewohnen, nicht dauerhaft geschädigt werden.



Auf den hier gezeigten Bildern ist eine Gruppe von Tourist*innen auf dem Fluss La Pasión in Sayaxché zum inzwischen berühmten, sog. Blauen Krater (Cráter Azul) unterwegs, gefahren von dem erfahrenen Bootsfahrer Jorge Méndez Carrillo.

In den 80er und 90er Jahren war es üblich, eine grosse Zahl von in- und ausländischen Tourist*innen zu empfangen, die daran interessiert waren, die Maya-Überreste in der Gemeinde zu besichtigen, wie z.B.: Aguateca, Dos Pilas, El Ceibal, Tamarindo, Arroyo de Piedra, Altar de los Sacrificios und andere.

Doch leider haben die geringe Erhaltung und der geringe Schutz der Stätten sowie die geringe oder fehlende Werbung für die touristischen Ziele in der Region zur Unsicherheit beigetragen, sodass sich die geringe Zahl von Tourist*innen in

der Gemeinde direkt auf das geringe wirtschaftliche Einkommen auswirkt, das durch den Tourismussektor in der Region erzielt wurde.

Heutzutage nutzen einige Familien die Feiertage oder das Jahresende, um einige der archäologischen Stätten und Heilbäder zu besuchen, wie z.B. den Blauen Krater, oder einfach nur, um den majestätischen Fluss La Pasión zu befahren. (Prensa Comunitaria)

Der Maya-Kalender wird seit 2.300 Jahren verwendet, sagt die Universität von Texas

Austin, TX, 12. Januar - Forscher*innen der Universität von Texas in Austin haben in San Bartolo, Guatemala, Hinweise auf den ältesten bekannten Maya-Kalender gefunden.

Bei der Ausgrabung von Wandmalereien an einer archäologischen Stätte wurden zwei Fragmente gefunden, die zu der Notation "7 Hirsche" zusammengesetzt wurden. Diese reicht mehr als 2.000 Jahre bis 300 v. Chr. zurück und ist damit mehrere Jahrhunderte älter als die bisher ältesten Belege.

Die Fragmente sind Teil des Maya-Wahrsagekalenders, der auch von anderen mesoamerikanischen Kulturen, darunter den Aztek*innen, verwendet wurde und noch heute in Gebrauch ist. Der Kalender hat Hunderte von Jahren der Eroberung und fast 40 Jahre des guatemalteckischen Bürgerkriegs überstanden und ist ein Zeugnis der langen Geschichte des Maya-Intellektualismus.

"Der Maya-Kalender ist eines der markantesten und bekanntesten Merkmale der traditionellen mesoamerikanischen Kultur und Völker. Sie wurde schon vor der Ankunft der Europäer*innen jahrhundertlang verwendet und ein Teil davon ist bei den indigenen Maya-Gemeinschaften in Guatemala immer noch in Gebrauch", erklärt David Stuart, Professor für Kunstgeschichte, der die Fragmente entdeckt hat, in einer Pressemitteilung. Doch seine Ursprünge liegen seit langem im Dunkeln. "Die Entdeckung des bemalten Fragments in San Bartolo ermöglicht es uns, das Jahr 300 v. Chr. genau zu datieren, was viel früher ist als alles, was wir bisher kannten".

Laut der Studie, die in der Zeitschrift Science Advances veröffentlicht wurde, ist die 7-Tage-Aufzeichnung des Hirsches wichtig für das Verständnis der Entwicklung des 260-Tage-Wahrsagekalenders. Der Kalender ist in vielen zeitgenössischen Gemeinschaften ein wichtiger Aspekt der indigenen Maya-Identität. Diese Entdeckung bildet also eine gute Grundlage für das Verständnis der Ursprünge der mesoamerikanischen Schrift, Wissenschaft und Religion.

Neben der Entdeckung des Kalenders fanden die Forscher*innen 10 weitere Textfragmente, die auf eine etablierte Schrifttradition, mehrere Inschriften von Schreiber*innen und Wandmalereien hinweisen, die Text mit Bildern komplexer früher Rituale verbinden. Stuart gehörte auch zu dem Team, das 2001 den Fundort San Bartolo entdeckte.

"Zuvor nahmen viele an, dass die Maya einfach ein älteres System von anderen benachbarten Kulturen übernommen hatten. Jetzt wissen wir, dass sie es genauso früh wie alle anderen hatten, wenn nicht sogar früher", sagte Stuart. "Die Maya spielten eine Schlüsselrolle in der Entwicklung Mesoamerikas als Ganzes." (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

12.

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6